

Sozial- wohnungen: Düstere Vorzeichen

Wir haben es in der Hand.

In der gestrigen Sitzung gab der Stadtrat grünes Licht für die Fusion von DREWAG und ENSO - zwei Energieunternehmen mit jeweils über einer Milliarde Umsatz pro Jahr. Es entsteht damit ein Energieriese in öffentlicher Hand. In einem Begleitbeschluss wurde die Verwendung des vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Innovationsbudgets, das im Rahmen der Fusion zur Verfügung steht, festgeschrieben - auf unseren Vorschlag als Budget für soziale Projekte, darüber hinaus für die energetische Sanierung von Sportstätten und für nicht rentierliche Klimaschutzmaßnahmen.

André Schollbach in der Debatte: "Noch vor wenigen Jahren gab es hier im Rat keine Mehrheit für eine hundertprozentige Rekommunalisierung der DREWAG. Wir von der LINKEN haben uns hingegen viele Jahre lang für die Rekommunalisierung und Stärkung des öffentlichen Sektors eingesetzt. Bereiche, die zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, also das, was wichtig ist für die Menschen, wie Krankenhäuser, Strom, Wasser, Bus, Bahn und ja: auch ein relevanter Teil des Wohnungsmarktes, gehören in die öffentliche Hand. [...]"

Mit der SachsenEnergie wird eines der bundesweit größten Versorgungsunternehmen geschaffen - man könnte auch sagen: ein modernes Energiekombinat. Und das in kommunaler Hand. Damit fließen die erzielten Gewinne nicht in die Kassen privater Konzerne, sondern kommen dem Gemeinwohl zugute, zum Beispiel der Finanzierung der Dresdner Verkehrsbetriebe oder der Dresdner Bäder. Als Hauptanteilseignerin hat die Stadt Dresden zudem einen erheblichen Einfluss auf die Unternehmenspolitik und damit auch auf eine umwelt- und klimafreundliche Stromerzeugung."

Es war eine Zufallsmehrheit, die in der Oktobersitzung aus den ursprünglich zu beschließenden Ausnahmen von der festgeschriebenen 30%-Sozialwohnungsquote bei Neubauvorhaben eine dauerhafte Reduktion des Sozialwohnungsanteils auf 15% machte - ein Beschluss, ermöglicht durch die rechte Seite des Rates und durch die Enthaltung des Oberbürgermeisters. Da aber nur zur Entscheidung über Ausnahmen von der Regel geladen wurde, musste Dirk Hilbert dem damit rechtswidrigen Beschluss widersprechen. Bevor Ende November nun sein eigener Vorschlag, dauerhaft auf 15% zu gehen, im Rat zur Entscheidung steht, wurde in der gestrigen Sitzung erstmal der rechtswidrige Beschluss geheilt. Wir erneuerten unsere Kritik daran, dass der Zeitraum für diese Ausnahmeregelung bis Juni 2022 zu lang sei - und lehnten den Vorschlag, Ausnahmen von dieser wichtigen Verpflichtung zu ermöglichen, vor diesem Hintergrund ab. Wir standen damit allerdings allein. Düstere Vorzeichen für die Grundsatzentscheidung Ende November?

Für die Fraktion DIE LINKE räumte **Tilo Wirtz** mit dem Märchen auf, "dass Investoren nur dann bauen, wenn man ihnen keine Bedingungen auferlegt. Es gibt vielmehr einen Mangel an bauwilligen Bauherren, die bauen wollen und nicht nur spekulieren. Das ist die Ursache für die Wohnungsnot. 20% der Dresdner Bevölkerung haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Auch für sie verteidigen wir die 30%-Sozialwohnungsquote bei Neubauvorhaben."